

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

06.04.2011

Ausschussbetreuender Fachbereich

Bildung, Kultur, Schule und Sport

Schriftführung

Petra Weymans

Telefon-Nr.

02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Sitzung am Dienstag, 23.11.2010

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 19:17 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.09.2010
- öffentlicher Teil -
0530/2010**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6 Haushalt 2011**
0527/2010
- 7 Auftaktveranstaltung zur Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**
0563/2010
- 8 Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I - Arbeitsauftrag**
0520/2010
- 9 Umsetzung des Integrationskonzeptes**
- Verwendung finanzieller Mittel für geplante Maßnahmen 2010/2011
0507/2010
- 10 Anregung nach § 24 Gemeindeordnung zur Nutzung der Alten Feuerwache**
0567/2010
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 11.1 Antrag der CDU Fraktion zum Thema "Wie tickt die Stadtverwaltung, wie die Kommunalpolitik"**
0566/2010
- 11.2 Antrag der CDU-Fraktion "Kulturprofil"**
0571/2010
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Hans-Joachim Tiefenstädter, stellvertretendes Mitglied im ABKSS, wird vom Vorsitzenden in feierlicher Form unter Verlesung des Verpflichtungstextes eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung der Aufgaben verpflichtet.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 21.09.2010 - öffentlicher Teil - *0530/2010*

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Im Bericht der Bezirksregierung sei bei der Qualitätsanalyse der Hauptschule Ahornweg die Ausstattung des Schulträgers als vorbildlich gekennzeichnet worden. Dies sei die höchste Qualitätsstufe, die ein Schulträger erhalten könne.
- Die Bensberger Bürgerstiftung habe für die Bücherei Bensberg als Anschubfinanzierung Mittel zur Verfügung gestellt. Ferner habe sie 30 Patenschaften für „Kein Kind ohne Mahlzeit“ übernommen.
- Am 25.01.2011 werde es eine Sondersitzung des ABKSS geben, in der der Schulentwicklungsplan vorgestellt werde.
- Das Thema Raumsituation für das Haus der Musik werde auf der Schulleiterkonferenz der weiterführenden Schulen am 25.11.2010 besprochen.
- In der GGS Paffrath bestehe seit geraumer Zeit der Wunsch auf Sanierung der Toilettenanlagen, da diese veraltet seien und die Geruchsbelästigung zunehmend unangenehmer werde. Grundsätzlich stehe die Sanierung der Toilettenanlagen in der Planung des Immobilienbetriebes. Auf Grund der Prioritäten und der zur Verfügung stehenden Finanzmittel könne die Maßnahme jedoch nicht im Entwurf für den Wirtschaftsplan 2011 berücksichtigt werden. Die Behebung der gravierendsten Mängel bzw. Beschädigungen sei trotzdem bereits veranlasst worden. Hierzu gehörten der Austausch der Toilettensitze und defekter Waschbecken oder Toilettentöpfe sowie Anstreifarbeiten.

6. Haushalt 2011 0527/2010

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Beschlusslage an den Rat abzugeben und in dieser Sitzung die Sach- und Fachdiskussion zu führen. Die Vorlage werde somit als eine Mitteilungsvorlage im Sinne der Diskussion behandelt. Auf eine Beschlussempfehlung werde verzichtet.

Der Ausschuss zeigt sich mit dieser Vorgehensweise einvernehmlich einverstanden.

Er schlägt weiterhin vor, die einzelnen Produktgruppen nacheinander zu behandeln.

Produktgruppe Schulträgeraufgaben

Herr Kleine spricht die HSK-Maßnahme 4.400.1 - Überprüfung der Schulstandorte an. Er findet eine Diskussion über die Schulstandorte zum jetzigen Zeitpunkt als verfrüht, da der Schulentwicklungsplan erst im Januar vorgelegt werde.

Herr Dr. Miede erklärt, auf Grund der Gesamtsituation der Finanzlage müsse die Überprüfung der Schulstandorte bezüglich der Umsetzbarkeit die Priorität A (hoch) erhalten. Im Investitionsplan für 2011 bis 2014 seien für die Schulen mit dem größten Renovierungsbedarf (NCG, OHG und Wilhelm-Wagener-Schule) keine Mittel vorgesehen. Daher müsse die Priorität erhöht werden.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei mit der Streichung der Subventionierung der Schulbibliotheken an Gymnasien (HSK-Maßnahme 4.400.4) nicht einverstanden. Die Schulbibliotheken bedürften weiterhin einer Subventionierung, da diese unverzichtbar seien für die Bildungslandschaft. Die Stadt stehe hier in der Verpflichtung und Verantwortung dieses Angebot für die Schüler zu erhalten. Ferner lehnten sie auch die Streichung der Subventionierung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath ab (HSK-Maßnahme 4.400.5). Hier handele es sich um eine Schul- und Stadtteilbibliothek. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bitte darum, diese Bibliothek sowohl für die Schule als auch für den Stadtteil zu erhalten.

Herr Kleine erklärt, die SPD-Fraktion lehne ebenfalls die Streichung der Subventionierung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath ab (HSK-Maßnahme 4.400.5).

Herr Mumdey erläutert, es gebe in jeder Stadt Schulbibliotheken an Schulen, viele davon jedoch ohne städtischen Zuschuss. Die berufsbildenden Schulen in Bergisch Gladbach hätten im letzten Jahr eine komplette Schulbibliothek ohne städtischen Zuschuss aufgebaut. Ferner hätten sich viele Schulleitungen bei dem Angebot „Geld statt Stelle“ für die Schulbibliothek in der Regel für das Geld entschieden anstatt für die Stelle Bibliothekskraft.

Herr Neu hat eine Nachfrage zu der HSK-Maßnahme 4.400.3 – Aufgabe des Schülerspezialverkehrs Bärbroich, Oberkühlheim, Löhe. Er möchte gerne wissen, ob es eine rechtliche Vorschrift für den Transport von Grundschulkindern zu weiter weg liegenden Grundschulen gebe.

Herr Pütz erklärt, der normale Linienverkehr nach Bärbroich, Oberkühlheim und Löhe sei verstärkt worden. Der Schülerspezialverkehr könne somit aufgegeben werden. Die Bedingungen hätten sich so verbessert, dass die Grundschul Kinder nun auch den Linienbus nutzen könnten.

Frau Koshofer kommt noch einmal auf die Streichung der Subventionierung der öffentlichen Schulbibliothek Paffrath zurück. Auf der einen Seite stehe natürlich die finanzielle Situation der Stadt. Andererseits werde immer auf die Familienfreundlichkeit der Stadt und die Wichtigkeit der Bildung hingewiesen. Die Bibliothek sei eine wichtige Anlaufstelle für die Bevölkerung in Paffrath und bediene einen großen Teil von Bergisch Gladbach, ebenso wie die Bibliothek in Bensberg. Es müsse eine Lösung zur Erhaltung der Bibliothek gefunden werden. Ferner weise sie auf die dortigen Personalstellen hin, die ja auch nicht so einfach wegzurationalisieren seien.

Herr Mömkes antwortet, auf Grund der schlimmen finanziellen Situation der Stadt müsse man leider auch in Bereichen streichen, die eine hohe Wertigkeit hätten. Er stellt klar, es gehe hier nicht um die Schließung der Schulbibliotheken, sondern um die Streichung der Zuschüsse. Mit der Streichung der Subventionierung gehe nicht die Schließung einher. Bei der Schulbibliothek Paffrath versuche die CDU-Fraktion Lösungen und Alternativen zu finden.

Frau Dietsch erklärt, es gehe ja nicht darum, die Bücherei in Paffrath zu schließen, sondern Träger bzw. Kooperationspartner zu finden. Zur Aufgabe des Schülerspezialverkehrs möchte sie ergänzen, es führen der Schülerspezialverkehr und der Linienbus kurz hintereinander. Die Grundschul Kinder hätten weiterhin die Möglichkeit mit dem Bus – dann dem Linienbus - zur Schule zu kommen. Vielleicht wäre es möglich, zunächst einen Schulbusbegleiter mitfahren zu lassen.

Frau Scheerer spricht die Streichungen im Allgemeinen an. In diesem Jahr seien der Sportentwicklungsplan und die kommunale Bildungslandschaft erarbeitet worden. Hierfür seien städtische Mittel eingesetzt worden. Auf der anderen Seite würden gerade in den Bereichen, in denen Konzepte erstellt worden seien, nun Streichungen vorgenommen. Sie fühle sich hierbei sehr unwohl und frage sich, warum sie so viele Stunden investiert habe.

Herr Santillán findet, die Argumentation für Kürzungen sei immer die gleiche. Auf Grund der fehlenden Mittel könne man nichts machen. Gleichzeitig sehe die Fraktion DIE LINKE/BfBB jedoch, dass es für andere Projekte immer genug Geld gebe. Tatsächlich gehe es bei den hier erwähnten Streichungen um Streichungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und sozialem Zusammenleben. Die Fraktion DIE LINKE/BfBB lehne Streichungen in diesem Zusammenhang kategorisch ab. Es gebe genug andere Möglichkeiten in diesem Haushalt. Prestigeprojekte würden vorangetrieben, die dies finanzieren könnten. Aber offensichtlich fehle hier der politische Wille der Mehrheit.

Herr Dr. Kerschner merkt man, die KIDitiative habe vor einiger Zeit schon einmal darauf hingewiesen, für eine sinnvolle Diskussion über die Bücherei Paffrath seien auch statistische Daten notwendig, wie z.B. die Ausleihzahlen im Rahmen der öffentlichen Bücherei. Erst dann könne man bewerten, ob sie auch wirklich als öffentliche Bücherei genutzt werde.

Auf die Aufforderung von Frau Koshofer an Herrn Santillán, konkrete Einsparungsvorschläge zu nennen, antwortet Herr Santillán, er sehe Einsparmöglichkeiten bei den Mitteln für die Projekte der Regionale 2010

Herr Dr. Miede schließt die Diskussion zur Produktgruppe Schulträgeraufgaben und stellt fest, alle Fraktionen seien sich einig, dass die Schulbibliotheken und die Bibliothek Paffrath nicht aufgegeben bzw. die Mittel nicht eingeschränkt werden sollten. Bezüglich der Diskussion über die Sparvorschläge im allgemeinen erklärt er, die SPD-Fraktion fordere seit längerer Zeit ein Gesamtkonzept mit Deckungsvorschlägen, in dem auch die Einsparungen im Bereich Bildung, Kultur, Schule und Sport eingearbeitet seien. Abschließend möchte er noch darauf hinweisen, dass die korridorrelevanten freiwilligen Leistungen nur 3 % vom gesamten Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach betrügen.

Produktgruppe Kulturförderung

Herr Kleine erklärt, die SPD-Fraktion sei gegen die Streichung der Kulturprojektförderung in Höhe von 2.000 € (HSK-Maßnahme 4.410.2), da das hierfür zur Verfügung stehende Budget sowieso schon sehr knapp bemessen sei. Ferner könne er sich nicht vorstellen, dass eine Einsparung von 2.000 € zur Reduzierung des Defizits von ca. 30 Mio. € groß beitragen könne. Der Schaden, der durch die Methode „hier ein bisschen einsparen und dort ein bisschen“ in der Kulturförderung angeichtet werde, sei größer als die Einsparung bei diesem Haushaltsdefizit. Auch könne die SPD-Fraktion die Streichung des Theaterzuschusses an den Bergischen Löwen (HSK-Maßnahme 4.410.4) nicht mittragen. Eine Reduzierung des Zuschusses führe zu Qualitätseinbußen, was sich wiederum auf die Einnahmen auswirke. Ebenso sei man gegen die Personaleinsparung im Kulturbüro (HSK-Maßnahme 4.410.5). Statt Personalabbau solle diese Stelle nach dem Ausscheiden der Stelleninhaberin weitergeführt und mit weiteren Aufgaben, wie z. B. der Ermittlung von Zuschussmöglichkeiten, neuen Projekten usw. angereichert werden.

Herr Mömkes weist noch einmal darauf hin, die Stadt befinde sich im Nothaushalt und müsse ihren Haushalt konsolidieren und ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Dies führe leider auch dazu, auf bestimmte Bereiche zu verzichten oder diese einzuschränken bzw. deren Standard zu reduzieren. Dazu gehöre eben auch der Theaterzuschuss. Wenn nicht gespart werde, sei davon auszugehen, dass spätestens im Jahr 2018 alle Rücklagen aufgebraucht seien und ein Sparkommissar eingesetzt werde.

Frau Dietsch bittet zu prüfen, ob eine Reduzierung des Zuschusses auf Grund des bestehenden Vertrages mit dem Bergischen Löwen überhaupt möglich sei.

Herr Dr. Miede schließt sich Frau Dietsch an und ergänzt, der Theaterzuschuss werde ja jedes Jahr um 10 % weiter reduziert. Dem Theater würde somit die Möglichkeit genommen, entsprechende Aufführungen zu garantieren. Ferner möchte er an die Diskussion über den Fachbeitrag Kulturnetzwerk Stadtmitte in der letzten Sitzung erinnern und an den von ihm erwähnten positiven Frequenzerzeugungseffekt, der von den städtischen Einrichtungen mit Abendprogramm ausgehe, hinweisen. Dies bitte er auch zu bedenken, wenn man über mögliche Einnahmen diskutiere.

Herr Mumdey erläutert, Verträge könne man im Einvernehmen immer aufheben. Formalrechtlich handle es sich beim Bürgerhaus Bergischer Löwe um eine GmbH, die überwiegend im Eigentum der Stadt stehe. Die Stadt sei die größte Gesellschafterin. Alle städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung müssten Ratsbeschlüsse ausführen; der Rat könne die entsprechenden Weisungen erteilen. Des Weiteren habe die Gesellschafterversammlung durchaus die Möglichkeit, wichtige Angelegenheiten an sich zu ziehen. Dies müsse man dann nicht dem Aufsichtsrat überlassen. Deshalb sei er der Auffassung, es bestünden sehr wohl Möglichkeiten, bei einer Tochter auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft deutlich Einfluss zu nehmen.

Herr Santillán widerspricht Herrn Mömkes. Es gebe genug andere Möglichkeiten der Finanzierung, wie er bereits erwähnt habe. Der Rat habe die Errichtung eines Wandelparks auf dem Gelände Buchmühle beschlossen. Dieser koste viel Geld und sei auch eine freiwillige Leistung. Wenn diese Maßnahme, die eine reine Verschönerungsmaßnahme sei, gestrichen werde, seien Mittel für andere Zwecke vorhanden. Dazu fehle jedoch der politische Wille. Als ein anderes Beispiel möchte er die Anschaffung von Handys für die Verwaltung in Höhe von 15.000 € nennen. Auch hier stelle sich die Frage der Notwendigkeit. Und dann werde hier über die Einsparung von 2.000 € für Kulturprojekte diskutiert. Daher sei für die Fraktion DIE LINKE/BfBB die Entscheidung ganz klar.

Herr Mumdey erklärt, man müsse die Maßnahmen, die den Investitionshaushalt belasten, wie z.B. die Errichtung des Parks, sauber trennen von den Maßnahmen, die den laufenden Etat belasten. Diese seien nicht austauschbar.

Herr Kamp merkt an, den Kommunen sei leider nicht das Recht zugestanden, zu entscheiden, was freiwillige und was pflichtige Leistungen seien. Daher müsse die Stadt in den vorgegebenen Bereichen kürzen. Er gebe aber zu bedenken, durch eine zu große Kürzung des Zuschusses für den Bergischen Löwen steige auch die Gefahr einer Insolvenz der GmbH. Diese führe letztendlich zu höheren Kosten für die Stadt. Bis jetzt habe der Bergische Löwe auch gewisse Vorteile für die Stadt gebracht. Vor einer Entscheidung müsse man alles abwägen.

Herr Kraus stellt fest, die Fraktion DIE LINKE/BfBB habe noch keinen richtigen Deckungsvorschlag im Bereich der freiwilligen Leistungen vorgestellt, da deren Einsparungsvorschläge sich auf Investitionsmaßnahmen bezögen. Diese seien jedoch nach der Erklärung von Herrn Mumdey nicht austauschbar. Die CDU-Fraktion möchte auch lieber keine Kürzungen im Rahmen der freiwilligen Leistung vornehmen. Sollte die Stadt diese aber nicht selber vornehmen, könne die Kommunalaufsicht dies anweisen. Daher sei eine sachliche Diskussion unumgänglich.

Frau Scheerer möchte noch einmal daran erinnern, die Stadt habe in ihren Zielen festgelegt, Bergisch Gladbach solle eine kinder- und familienfreundliche Stadt sein. Für die Erfüllung dieses Ziels sei sie im Rat. Und nun werde gerade in diesem Bereich gestrichen. Sie möchte alle auffordern, zur Erfüllung dieses Ziels gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Frau Bischoff erklärt, sie halte die Kürzungen im Kulturbereich, wie sie hier vorgeschlagen würden, für sehr schmerzlich, aber für außerordentlich notwendig. Die finanzielle Situation sei so schlecht, dass auch hier gespart werden müsse. Da in den nächsten Jahren weitere Kürzungen anstünden, halte sie und auch ihre Fraktion es für unumgänglich, sich mit dem Thema Kultur in Bergisch Gladbach einmal konzeptionell zu befassen.

Herr Dr. Miede stimmt Frau Bischoff zu. Jedes Jahr 10 % einzusparen, sei für die nächsten vier Jahre keine Lösung.

Herr Santillan findet, der Hinweis auf die formale Unterteilung in verschiedene Haushalte werde immer angeführt, wenn man etwas verhindern wolle. Es wäre sehr wohl möglich aus dem einen Haushaltsbereich in einen anderen Haushaltsbereich umzuschichten. Dazu müsse nur der politische Willen vorhanden sein.

Frau Beisenherz-Galas möchte noch anmerken, sie habe gehört, der Landtag wolle im Dezember einen Nachtragshaushalt verabschieden und den Kommunen 300 Mio. € zur Verfügung stellen. Bergisch Gladbach solle dann 1,4 Mio. € an Schlüsselzuweisung erhalten. Ferner überlege das Land bei der Festlegung der freiwilligen Leistungen das Kriterium der Nachhaltigkeit einzuführen. Nachhaltige Leistungen würden dann aus dem freiwilligen Bereich herausfallen. Dieses könnte dann z.B. auf die Bibliotheken zutreffen. Sie warne deswegen davor, jetzt voreilige Kürzungsmaßnahmen zu beschließen, die nachher wieder schwer rückgängig zu machen seien.

Herr Mumdey erklärt, die Argumentation von Frau Beisenherz-Galas wäre dann richtig, wenn das städtische Defizit nur 3 Mio. € betrüge. Das Defizit betrage jedoch derzeit 27 Mio. Unter Berücksichtigung der neuen Steuerschätzung, der Umsetzung der HSK-Maßnahmen und der vom Bürgermeister vorgeschlagenen Steuererhöhung könne das Defizit voraussichtlich um rund 10 Mio. € reduziert werden. Diese Reduzierung sei schon beachtlich. Trotzdem sei das Defizit immer noch sehr hoch, so dass man weiterhin an die rechtlichen Rahmenbedingungen gebunden sei und einsparen müsse. Sobald sich etwas an den kommunalaufsichtlichen Vorschriften ändere, werde er entsprechend informieren.

Frau Dietsch erläutert ergänzend, das Land plane neben den Kategorien Pflichtleistungen und freiwillige Leistungen eine neue Kategorie „nachhaltige Leistungen“. Dadurch hätten die Kommunen mehr Gestaltungsspielraum, jedoch nicht mehr Mittel.

Frau Koshofer ergänzt, die FDP habe beantragt, dass Kultur als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werde. Kultur müsse eine andere Wertigkeit erhalten. Auch für sie seien die Kürzungsmaßnahmen schmerzlich.

Frau Lehnert stellt fest, die Kürzungen seien für alle schmerzlich und jeder betrachte diese aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Dennoch müsse gespart werden. Jeder habe die Pflicht, den nachkommenden Generationen etwas anderes als nur Schulden zu hinterlassen. Jeder habe aber auch die Verpflichtung, Bergisch Gladbach trotzdem noch ein Stück lebenswert zu erhalten. Daran müssten alle mitarbeiten.

Herr Kraus möchte gerne von Herrn Mumdey wissen, ob Herr Santillán mit seiner Aussage „man könne alles so einfach verschieben, dies wäre nur politischer Wille“ sachlich Recht habe.

Herr Mumdey antwortet, innerhalb der freiwilligen Leistungen könnten Verschiebungen vorgenommen werden. Freiwillige Leistungen und Investitionen könnten aber nicht gegeneinander aufgerechnet werden. Dazu gebe es eine klare gesetzliche Vorgabe.

Produktgruppe Stadtbücherei

Herr Mumdey erläutert, in dieser Produktgruppe gebe es die prozentual größte Überschreitung des Korridors auf Grund des Personalbedarfes in der Stadtbücherei im Forum und in Bensberg.

Produktgruppe Volkshochschule

Herr Mumdey erklärt zur HSK-Maßnahme 4.430.1 – Kostenreduzierung für die VHS-Bewegungshalle, derzeit würden Gespräche bezüglich der Finanzierung mit dem Förderverein der Volkshochschule geführt.

Frau Dr. Killersreiter ergänzt, die Vermieterin der Bewegungshalle habe einer Reduzierung der Nettokaltmiete um über 50 % auf monatlich 1.100 € ab 2012 zugestimmt. Zusätzlich werde mit dem Förderverein über eine Beteiligung an den Kosten verhandelt. Die VHS-Konferenz werde am 08.12.2010 darüber beraten, so dass noch vor der Ratssitzung die Entscheidung des Fördervereins vorliege.

Produktgruppe Haus der Musik

Herr Dr. Miede erklärt, er finde es außerordentlich unglücklich, dass die Stellen der ausscheidenden Musikpädagogen nur noch mit Honorarkräften besetzt würden. Eine Musikschule für eine Stadt mit 110.000 Einwohner am Ende der Personalumstrukturierung nur noch mit 7,5 fest angestellten Musikpädagogen zu führen, halte er für kaum leistbar. Dies seien für ihn ganz massive Einsparungen. Ferner sei in einer solchen Situation die Frage der Bindung der Schüler an die Ausbilder außerordentlich fragwürdig. Dies müsse auch bedacht werden.

Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz

Herr Tiefenstädter erklärt, die FDP-Fraktion sei nicht damit einverstanden, wenn die Stadt die Verfügungsgewalt über die Städtische Galerie Villa Zanders komplett abgebe. Zumindest das Erdgeschoss solle weiter von der Stadt genutzt werden. Die Villa Zanders solle mehr belebt und kulturell genutzt werden, z.B. indem der heimischen Kunstszenen es ermöglicht werde, dort auch wechselnde Ausstellungen zu machen.

Herr Dr. Miede findet, dies sei ein sinnvoller Vorschlag. Das Haus als solches solle für die Bevölkerung attraktiver werden.

Herr Dr. Vomm erklärt, die Abgabe der Trägerschaft der Museen an Vereine sei vielleicht für die eine oder andere Einrichtung möglich und auch zweckmäßig. Ob dies allerdings die Lösung für alle drei Museen sei, stelle er in Frage. Er möchte auch zu bedenken geben, mit der Übergabe der Trägerschaft aller drei Museen an Vereine verabschiede die Stadt sich auch von drei städtischen Einrichtungen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauerten ebenfalls ganz außerordentlich die von Herrn Dr. Vomm geschilderte Situation. Auch sie sähen es lieber, wenn die Villa Zanders in städtischer Hand bliebe. Aufgrund der Finanzsituation sähen sie jedoch auch keinen anderen Weg. Sie bäten jedoch darum, dem Verein in der Nutzungsfrage des Erdgeschosses entgegen zu kommen.

Auch Herr Kleine findet, an der Abgabe der Trägerschaft der Museen führe leider kein Weg vorbei. Im Museumsbereich sei es noch am ehesten möglich, strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

Frau Dietsch findet, für die Villa Zanders brauche man auf jeden Fall noch einen Plan B, da derzeit nicht sicher sei, dass der Verein die Trägerschaft übernehme.

Herr Dr. Miede findet, die Vermietung des Erdgeschosses könne nicht ausschließlich in die Hände eines privaten Vereins gegeben werden. Für sinnvoll halte er eine gemeinsame Verwaltung. Die Stadt müsse weiterhin Einflussmöglichkeiten haben.

Produktgruppe Stadtarchiv

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Produktgruppe Sportförderung

Herr Neu erinnert daran, die Sportvereine würden immer für ihre gute Jugendarbeit gelobt. Ferner werde immer betont, wie wichtig diese für den sozialen Bereich der Stadt Bergisch Gladbach sei. Und gleichzeitig kürze man ihnen nun sämtliche Mittel. Dies könne er nicht verstehen, er halte dies auch für den falschen Fingerzeig an die Vereine. Er bitte die Mitglieder des Ausschusses, die Kürzung so nicht zu beschließen. Es liege ein Vorschlag des Stadtsportverbandes vor, in dem dieser eine anteilmäßige Kürzung vorgeschlagen habe.

Frau Koshofer teilt mit, die Sportvereine seien auch bei der FDP-Fraktion gewesen. Den Sportvereinen solle entgegen gekommen werden. Der Sport sei eine ganz wichtige Institution; jeder vierte in dieser Stadt treibe Sport. Jedoch habe auch sie noch keine Lösung für das Problem.

Frau Scheerer findet, der Stadtsportverband habe eigentlich einen guten Kompromissvorschlag vorgelegt, wie man sparen könne. Sie möchte auch daran erinnern, dass dies nicht die einzigen Einsparungen im Jugendbereich seien und auf die Reduzierung der Jugendeinrichtungen hinweisen. Die Sportvereine leisteten mit ihrer Jugendförderung einen großen Beitrag, nicht nur an Wochentagen sondern auch am Wochenende. Es müssten daher kreative Lösungen gefunden werden - auch im Sinne der Nachhaltigkeit - und nicht einfach nach dem Rasenmäherprinzip gekürzt werden. Eine zu große Kürzung im Jugendbereich könne später viel höhere Kosten für die Stadt verursachen.

Herr Kraus erklärt, er persönlich sehe dies genau so wie die Vorredner. Auch er halte den kompletten Kahlschlag nicht für richtig, angesichts dessen, was die Vereine gesellschaftspolitisch leisteten. Das Ehrenamt müsse in seiner Ausführung unterstützt werden. Auch er habe den Vorschlag des Stadtsportverbandes erhalten und diskutiert. Er halte ihn für einen sehr guten Kompromiss, um zusammen mit den Sportvereinen in die Zukunft zu gehen. Andererseits erkenne er nicht die Haushaltslage. Trotzdem sollte man den Sportvereinen eine gewisse Übergangszeit geben, um mit den neuen Strukturen zurechtzukommen.

Frau Beisenherz-Galas möchte noch ergänzen, dass z.B. 40 % der Kinder in den Vereinen vom Beitrag befreit seien. Sie gebe zu bedenken, eine Streichung des Zuschusses werde genau diese Kinder, die offensichtlich aus sozial schwachen Familien kämen, benachteiligen. Dies müsse verhindert werden. Ansonsten möchte sie sich den Vorrednern anschließen.

Herr Kamp findet, man sollte auch eine gewisse Wertschätzung denen gegenüber aufbringen, die die ganze Arbeit im Sport machen, wie den Trainern, Betreuern usw. Eine solche Kürzung signalisiere mangelnde Wertschätzung. Die Kürzung sei ein starker Schlag für die Jugendförderung in den Vereinen. Darüber solle noch einmal nachgedacht werden.

Herr Mumdey weist darauf hin, dies sei nicht die einzige Sportförderung der Stadt. Betrachte man alle Fördermaßnahmen gegenüber dem Sport, wie das zur Verfügung stellen der Immobilien, die Betreuung und Pflege der Immobilien und Sportplätze, dann komme man auf Summen, die erheblich höher seien.

Herr Dr. Kerschner schließt sich den Vorrednern an. Auch er plädiere dafür, hier nicht die komplette Förderung zu streichen, sondern nur anteilig zu kürzen.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion sei sich der Situation gerade im Sportbereich außerordentlich bewusst und kenne die Bedeutung der Sportförderung für die Vereine, da viele Fraktionsmitglieder im sportlichen Bereich aktiv seien. Deswegen sei es ihnen auch nicht daran gelegen, hier einen radikalen Schnitt zu machen, sondern eine Lösung zu finden, wie man dies evtl. vermeiden könne. Er fordere alle auf, Vorschläge zu machen.

Herr Kleine pflichtet den Vorrednern bei. Die Jugendarbeit in den Sportvereinen sei wichtig für die Gesellschaft. Auch er befürchte gravierende Auswirkungen durch die Kürzung im Jugendbereich. Er sehe die heutige Diskussion als Fachberatung. Vielleicht ergebe sich in den weiteren Beratungsrunden noch eine Lösung. DIE SPD-Fraktion lehne die Kürzung vorsorglich ab.

Frau Beisenherz-Galas weist auf den Kulturausschuss Rösrath hin. Dieser habe sich dem Sparzwang verweigert und werde nun mit dem Landrat verhandeln. Vielleicht sollte die Stadt Bergisch Gladbach auch über eine solche Vorgehensweise nachdenken und nicht immer den so genannten „Kadavergehorsam“ an den Tag legen, wenn es um die Substanz in dieser Stadt gehe. Ferner könne man doch die Grundsteuer noch etwas erhöhen, dann hätte man weitere Einnahmen und für die freiwilligen Leistungen mehr Mittel. Aber diese Umschichtung sei ja haushaltsrechtlich nicht möglich.

Herr Mömkes entgegnet, dass Beispiel Rösrath passe seiner Meinung nach hier überhaupt nicht. Diese würden sich einfach der Ausübung ihrer Verantwortung verweigern. Den „Schwarzen Peter“ wieder auf den Tisch des Landrates zu legen, helfe auch nicht weiter. Eine Gegenfinanzierung müsse innerhalb der Korridorliste gefunden werden. Das sei das Problem. Zur Jugendarbeit in den Sportvereinen möchte er anmerken, es gebe auch noch viele andere Verbände und Vereine, die Jugendarbeit ehrenamtlich in dieser Stadt betrieben. Für diese ehrenamtliche Arbeit seien 6.000 € für Jugendpflegematerial im Haushalt eingestellt. Dies sei ein krasser Unterschied, den man auch einmal zur Kenntnis nehmen müsse. Der Sport sei nicht der einzige Bereich, der Jugendarbeit in dieser Stadt mache.

Produktgruppe Sportstätten

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Dr. Mieke schließt die Diskussion. Er stellt abschließend fest, alle seien sich der Verantwortung bewusst und sich einig, Einsparungen gerade im Bereich Jugend und Bildung nicht unbedingt zu wollen. Die SPD-Fraktion erwarte von der Verwaltung und dem Bürgermeister ein in sich geschlossenes Konzept mit Deckungsvorschlägen.

7. **Auftaktveranstaltung zur Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft**
0563/2010

Frau Winkels möchte gerne wissen, ob es eine zeitliche Vorgabe für die Entwicklung der Bergisch Gladbacher Bildungslandschaft gebe.

Herr Dr. Speer antwortet, der Ausschuss werde in der Ausschusssitzung im März 2011 über die Weiterentwicklung der kommunalen Bildungslandschaft informiert.

Frau Lehnert möchte der Verwaltung ihren herzlichen Dank für die gelungene Auftaktveranstaltung aussprechen.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8. **Ausbau der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I - Arbeitsauftrag**
0520/2010

Herr Dr. Miede teilt mit, der Jugendhilfeausschuss habe in seiner Sitzung am 27.10.2010 mehrheitlich bei einer Gegenstimme den alternativen Beschlussvorschlag (Seite 10) angenommen.

Herr Dr. Speer ergänzt, der alternative Beschlussvorschlag sei in Ziffer 1, Satz 1 noch einmal geändert worden und laute nun: „Die Verwaltung (Fachbereiche 4 und 5) wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe den Aufbau und die Qualifizierung der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote an den Standorten weiterführender Schulen für die Schüler/innen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bedarfsgerecht und im Rahmen der veranschlagten Fördermittel **zu beraten und zu planen.**“

Auf die Frage von Herrn Dr. Miede, warum beide Ausschüsse in dieser Angelegenheit zu entscheiden hätten, erklärt Herr Dr. Speer, der Jugendhilfeausschuss betrachte die Beschlussvorlage unter dem Blickwinkel der Jugendhilfe, der ABKSS unter dem schulischen Blickwinkel.

Herr Munde ergänzt, hier werde ein Bearbeitungsauftrag an die Verwaltung erteilt, daher könnten die Ausschüsse entscheiden. Im Falle einer haushaltsrechtlichen Entscheidung liege die Schlussentscheidung beim Rat.

Frau Scherer hat eine Nachfrage zur Tabelle 1 – Anzahl der Schüler/innen in den Betreuungsangeboten (Seite 18). Hier seien beim Nicolaus-Cusanus-Gymnasium für 2 Gruppen 150 teilnehmende Schüler/innen aufgeführt. Sie möchte gerne wissen, wie diese Zahl zustande komme.

Herr Dr. Speer erklärt, nach Auskunft von Frau Liebmann gebe es am NCG zusätzlich sehr viele schulische Angebote; die Teilnehmer diese Angebote seien hier einbezogen worden.

Frau Lehnert erklärt, ihr fehle eine detaillierte Bestandsanalyse. Im Jugendhilfeausschuss habe sie daher bereits einen Fragenkatalog vorgetragen. Diese Fragen möchte sie gerne auch dem ABKSS zur Kenntnis geben:

1. Welche Schulen bieten bereits und seit wann ein Betreuungsangebot?
2. Wie ist das Verhältnis von pädagogischem Angebot zu Betreuungsangebot?

3. Können dort alle Kinder, deren Eltern dies wünschen aufgenommen werden oder gibt es Wartelisten?
4. Wer ist der jeweilige Träger?
5. Wie viele Kinder besuchen jeweils das Angebot?
6. Welchen Betreuungsumfang nehmen sie in Anspruch?
7. Wie werden die Angebote zurzeit finanziert und mit welcher Summe bezuschusst? Dabei hätten wir gerne den Landesanteil und den städtischen Nettoanteil dargestellt.
8. Wo gibt es bereits Elternbeiträge und in welcher Höhe (ohne Essensgelder)?
9. Wie hoch sind die zu erwartenden städtischen Nettofördermittel in Zukunft?
10. Welche Schule wünscht eine über die jetzige Beteiligung der Stadt hinausgehende Unterstützung und zwar nicht nur finanzieller Art?

Ferner möchte sie gerne wissen, wann diese Fragen beantwortet würden.

Herr Dr. Speer erläutert, wenn auch der ABKSS der Verwaltung den Arbeitsauftrag erteile, werde das Thema am 25.11.2010 auf der Schulleiterkonferenz besprochen. Die Fragen seien sehr hilfreich. Es sei vorgesehen, den Schulleitungen das Konzept vorzustellen und dann im Dialog jeden einzelnen Standort zu überprüfen. Es gebe Schulen, die seien schon sehr weit entwickelt und es gebe Schulen, die sich über das Angebot der Jugendhilfe freuten. Die Überprüfung der einzelnen Standorte werde in Einzelgesprächen stattfinden, die sich bis ins nächste Jahr hinzögen. Eine entsprechende Vorlage werde dann in der nächsten oder übernächsten Ausschussrunde sowohl dem Jugendhilfeausschuss als auch dem ABKSS vorlegt.

Frau Lehnert möchte noch gerne wissen, ob der bereits beschlossene städtische Zuschuss von 2.500 € pro Gruppe als Grundförderung weiterhin gewährt werde oder ob dieser Betrag dann auch zur Disposition stehe. Es gebe ja Schulen, die dieses Betreuungsangebot mit der jetzigen städtischen Förderung und der Landesförderung bereits vorhielten.

Herr Dr. Speer erklärt, es solle ein grundsätzlich neues Konzept erarbeitet werden, welches dann auf die Bedürfnisse der einzelnen Standorte zugeschnitten werde, da es zum Teil sehr unterschiedliche Ausgangslagen gebe. Die Finanzierung sei ein Baustein, der bearbeitet werden müsse.

Herr Kleine kritisiert, durch die Änderung im alternativen Beschlussvorschlag werde das Ganze ein bisschen aufgeweicht. Ursprünglich sollte der Ausbau und die Qualifizierung umgesetzt werden, dann weiterentwickelt und nun lautet die Formulierung nur noch „beraten und geplant“. Für ihn sei diese Formulierung ein Freibrief, in alle Richtungen zu planen.

Herr Santillán teilt mit, die Fraktion DIE LINKE./BfBB halte diesen Antrag im Prinzip für völlig unsinnig. Dies habe sie auch bereits im Jugendhilfeausschuss mitgeteilt. Er moniert, die Verwaltung habe hier bewusst völlig falsche Zahlen zugrunde gelegt. Es werde ein Konzept vorgelegt, welches die Streichungen in den anderen Jugendbereichen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit verdecken und ersetzen solle. Gleichzeitig sollten auch die Gebühren für die Eltern erhöht werden. Dies werde jedoch in der Vorlage nicht erwähnt. Frau Lehnert habe dazu ja eine Frage in ihrem Fragenkatalog gestellt. Seiner Meinung nach sei es auch nicht nötig, die Verwaltung extra zu beauftragen, ein Konzept zu erstellen. Schließlich sei dies ihre Aufgabe, da es sich hier um einen gesetzlichen Auftrag handle. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Miede weist die Vorwürfe von Herrn Santillán zurück und fordert ihn auf, solche Äußerungen in Zukunft zu unterlassen.

Herr Mumdey merkt an, die Verwaltung könne hier nicht mit den Trägern und den Schulen in Verhandlungen treten, wenn keine positive politische Willensbekundung vorliege.

Herr Dr. Miede hat noch eine Nachfrage. Vorgesehen sei, für jede Schule ein angemessenes Organisationsmodell zu entwickeln. Ferner werde die Verwaltung allen Schulen ergebnisoffene Werkstattgespräche anbieten (Seite 17). Er möchte gerne wissen, wer die Koordinationskraft stelle und wer die Organisationsmodelle der einzelnen Schulen prüfe.

Herr Dr. Speer antwortet, die Einzelgespräche vor Ort und die Überprüfung nähmen Frau Liebmann-Buhleier und er vor.

Herr Dr. Miede stellt die Vorlage mit der geänderten Formulierung im ersten Abschnitt in der drittletzten Zeile zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme von der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden Beschluss:

- 1. Die Verwaltung (Fachbereiche 4 und 5) wird beauftragt, in enger Abstimmung mit den Schulen und freien Trägern der Jugendhilfe den Aufbau und die Qualifizierung der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote an den Standorten weiterführender Schulen für die Schüler/innen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres bedarfsgerecht und im Rahmen der veranschlagten Fördermittel zu beraten und zu planen. Die entsprechende Bestands- und Bedarfsanalyse ist standortspezifisch und gesamtstädtisch dem Jugendhilfeausschuss als Planungsgrundlage vorzulegen.**
- 2. Parallel zu den Abstimmungen in Ziffer 1 ist eine Beschlussvorlage bezüglich der städtischen Förderbedingungen der ganztägigen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsangebote für Kinder in der Sekundarstufe I als Teil 3 der Förderrichtlinien zur kommunalen Bildungslandschaft für den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport vorzubereiten. Zudem sind die finanziellen Auswirkungen verschiedener Ausbaustufen darzustellen.**

**9. Umsetzung des Integrationskonzeptes
- Verwendung finanzieller Mittel für geplante Maßnahmen 2010/2011
0507/2010**

Herr Dr. Speer teilt mit, der Integrationsrat habe in seiner Sitzung am 26.10.2010 einstimmig bei zwei Enthaltungen die Umsetzung der geplanten Maßnahmen beschlossen. Ferner habe der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Mann und Frau – ASSG – in seiner Sitzung am 18.11.2010 einstimmig die geplanten Maßnahmen genehmigt. Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und der Jugendhilfeausschuss würden über die geplanten Maßnahmen in Kenntnis gesetzt.

Frau Winkels merkt an, laut Vorlage sei mit der Ausrichtung der Ausbildungsbörse im Herbst 2011 oder im Frühjahr 2012 zu rechnen. Sie möchte gerne wissen, warum so eine lange Planungszeit benötigt werde. Weiterhin möchte sie gerne wissen, ob es für das interkulturelle Filmfestival (Seite 25) bereits einen Koordinator für die Planung und Durchführung gebe. Ferner lobt sie die bereits in Angriff genommene Umsetzung des Integrationskonzeptes sowie die Darstellung über die Maßnahmen und deren Kosten in Tabellenform.

Herr Dr. Speer erklärt, der zeitliche Vorlauf für die Ausbildungsbörse hänge mit dem Planungsumfang zusammen. Eine interkommunale Abstimmung sei nötig; z. B. gebe es in Overath bereits seit 12 Jahren eine Ausbildungsbörse. Man wolle die Ausbildungsbörse so gestalten, dass möglichst viele Bereiche abgedeckt würden. Auch dies nehme Planungszeit in Anspruch. Dazu sei das Integrationsbüro nur mit einer Mitarbeiterin besetzt.

Frau Weymans erklärt zur Frage nach dem interkulturellen Filmfestival, dies sei ein Gemeinschaftsprojekt von FB 4 – Kulturbüro und FB 5 – Integrationsbüro. Koordinatoren seien Frau Weymans und Frau Siebenmorgen. Ferner sei dies ein Kooperationsprojekt mit der Stadt Leverkusen und dem Rhein-Sieg-Kreis. Anfang 2011 werde ein Runder Tisch einberufen, um weitere Kooperationspartner / Paten für die Durchführung zu gewinnen.

Frau Lehnert findet die Umsetzung des Konzeptes sehr gut. Sie weist auf einen vor Jahren gegründeten regionalen Arbeitskreis hin, der sich auch mit dem Thema Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter der Überschrift „Eine Ausbildung ist wie ein goldener Armreif“ beschäftigt habe. Sie möchte gerne wissen, ob man auf die Erkenntnisse dieses Arbeitskreises aufgebaut habe bzw. ob die Erkenntnisse aus diesem Arbeitskreis bei der Erstellung dieses Konzeptes berücksichtigt worden seien oder ob dies nun ein ganz eigenes Konzept sei.

Herr Dr. Speer antwortet, die Frage werde an das Integrationsbüro weitergeleitet mit dem mit Protokoll beantwortet.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereichs 5:

Das derzeitige Projekt AIM (Ausbildung in Migrantenbetrieben) der Caritas ist ein mit Landesmitteln gefördertes Projekt, dessen Vorläufer bereits seit dem Jahr 2000 unter jeweils wechselnder Namensgebung existiert. Das Vorgängerprojekt hieß z.B. MIA (Migranten in Ausbildung), hier war auch der Arbeitskreis "eine Ausbildung ist wie ein goldener Armreif" angesiedelt. Die Projektleitung für alle mit Landesmitteln geförderten Projekte war Frau Funda Eren (früher Öztürk). Alle Projekte bauen inhaltlich und konzeptionell aufeinander auf.

Frau Beisenherz-Galas hat eine Nachfrage zum Handlungsfeld B 1/5 – Beilage zum Elternbrief über bilinguale Erziehung (Seite 25). Sie möchte gerne wissen, ob die Elternbriefe auch in der jeweiligen Muttersprache der Eltern abgefasst seien.

Herr Tiefenstädter schließt sich der Frage von Frau Beisenherz-Galas an. Ferner stellt er die Frage in den Raum, ob ein Elternbrief nur in Deutsch von Vorteil sei oder ob es nicht besser sei, diesen in verschiedenen Sprachen herauszugeben.

Herr Dr. Speer teilt mit, auch die Fragen würden mit dem Protokoll beantwortet.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereichs 5:

Die von uns verteilten Elternbriefe sind nur in Deutsch. Bisher war es leider nicht möglich, mit der bestehenden Software des Bürgerbüros das Merkmal "türkisch" edv technisch zur Verfügung zu stellen, damit gezielt Elternbriefe in türkischer Sprache an türkische Eltern versandt werden können. Herr Werheid - Leiter des Bürgerbüros - hat bei der KDVZ prüfen lassen, inwieweit eine Ausweisung nach Nationalität möglich sei. Die KDVZ hat mitgeteilt, dass das Einwohnerverfahren MESO bei der Erzeugung der Elternbriefdateien keinerlei Auswahlmöglichkeiten zulasse. Daher sei es leider nicht möglich, Datensätze türkischer Kinder gesondert auszuwerten. Türkisch-Deutsche Elternbriefe werden über den von der Stadt Bergisch Gladbach beauftragten "Arbeitskreis Neue Erziehung e.V." angeboten und könnten dann entsprechend mit versandt werden.

Herr Santillán teilt mit, die Fraktion DIE LINKE./BfBB stimme diesem Konzept grundsätzlich zu. Er weist darauf hin, viele Unternehmen würden angeregt, Migranten auszubilden. Daher möchte er gerne noch wissen, was die Stadt Bergisch Gladbach selber unternehme, um Migranten auszubilden oder einzustellen. Dies vermisste er hier.

Herr Dr. Speer antwortet, diese Frage werde mit dem Protokoll beantwortet. Die Stadt Bergisch Gladbach habe auch Auszubildende mit Migrationshintergrund, nähere Informationen werde er vom Fachbereich 1 erbitten.

Nachrichtlich: Antwort des Fachbereichs 1:

Die Stadt Bergisch Gladbach stellt bereits seit Jahren junge Menschen mit Migrationshintergrund als Auszubildende ein, die unser Auswahlverfahren erfolgreich durchlaufen haben. Grundsätzlich geben wir in unserem Verfahren allen Bewerberinnen und Bewerbern die Möglichkeit, an einem schriftlichen Eignungstest teilzunehmen. Seit Jahren befinden sich hierunter auch viele junge Menschen mit Migrationshintergrund, was wir sehr begrüßen. Bei erfolgreichem Testabschluss laden wir alle Bewerber/innen zu einem persönlichen Vorstellungsgespräch ein. Hier erfolgt dann im Zuge der Bestenauslese die Auswahl der zukünftigen Auszubildenden, wobei wir es grundsätzlich als positiv bewerten, wenn die Bewerber/innen Eigenschaften wie Mehrsprachigkeit oder Erfahrung im Umgang mit Menschen verschiedenster Kulturen aufweisen können, da dies für unsere Verwaltung nur von Vorteil sein kann.

Die Vorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

10. Anregung nach § 24 Gemeindeordnung zur Nutzung der Alten Feuerwache 0567/2010

Herr Mörs möchte gerne vor Einstieg in die Diskussion zwei Äußerungen von Herrn Hecht in der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 16.09.2010 richtig stellen. Die jetzige Alte Feuerwache sei nicht 1936 erbaut worden, wie auf Seite 59 der Vorlage nachzulesen sei, sondern erst 1968. Ferner gebe es auch keine alten Bunker unter dem Gebäude, die bei einem Abriss des Gebäudes gesprengt werden müssten. 1968 sei alles neu erbaut worden.

Frau Appel bestätigt, die Alte Feuerwache sei ein ständiges Thema der evangelischen Kirche und ihrer Partner. Verhandlungen würden geführt. Auch das evangelische Krankenhaus habe Interesse geäußert. Dies würde die evangelische Kirche natürlich auch unterstützen. Sie bitte daher darum, die Idee der Errichtung eines soziokulturellen Zentrums in der Alten Feuerwache zurückzustellen und das Ergebnis der Verkaufsverhandlungen abzuwarten.

Herr Santillán teilt mit, die Fraktion DIE LINKE./BfBB könne der Beschlussvorlage, wie sie hier vorliege, keinesfalls zustimmen, da damit quasi festgelegt werde, dass Verkaufsverhandlungen geführt werden sollten. Er möchte gerne wissen, wer dies beschlossen habe. Ihm sei kein Beschluss bekannt, in dem der Rat oder ein Ausschuss die Verwaltung ermächtigt habe, über den Verkauf der Alten Feuerwache zu verhandeln. Man müsse auch erst einmal grundsätzlich überlegen, was mit dem Gelände geschehen solle. Hier handele es sich um ein interessantes Grundstück mitten in der Stadt. Wenn man das Grundstück verkaufen möchte, müsse man auch das Wie des Verkaufes in Erwägung ziehen. Möchte man es als Kulturzentrum bewahren, müsse erst einmal darüber diskutiert werden, ob dies gewünscht sei. Dazu gebe es keinerlei Konzept. In diesem Zusammenhang verweise er auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Kulturprofils. Dies sei seiner Meinung nach ein guter Ansatz. Im Rahmen eines solchen Kulturprofils könne auch über die Funk-

tion der Alter Feuerwache diskutiert werden. Daher könne dies so nicht beschlossen werden. Mit einer Vertagung sei er jedoch einverstanden.

Herr Mumdey macht Herrn Santillán darauf aufmerksam, im Beschlussvorschlag stehe nur, dass der Antrag zunächst zurückgestellt werde. Ferner weist er darauf hin, laut Kommunalverfassung entscheide der Rat oder der entscheidungsbefugte Ausschuss über einen Verkauf. Die Verwaltung treffe jedoch die Vorbereitungen und könne somit verhandeln.

Herr Kleine erklärt, die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. In der jetzigen Situation müssten verschiedene Alternativen abgewogen werden. Sollte es zu einem Verkauf kommen, müsse der Haupt- und Finanzausschuss bzw. der Rat darüber beschließen.

Herr Dr. Miede teilt mit, die CDU- und die SPD- Fraktion hätten gemeinsam einen neuen Bebauungsplan für diesen gesamten Komplex beantragt welcher dann von den politischen Gremien beraten und beschlossen werde. Daher wäre eine andere Beschlussfassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt unsinnig.

Frau Beisenherz-Galas teilt mit, auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde diesem Beschlussvorschlag in dieser Form zustimmen. Darüber hinaus würden sie es begrüßen, wenn es zu Verkaufsverhandlungen zwischen der evangelischen Kirche und der Stadt käme.

Herr Dr. Kerschner schlägt vor, die Formulierung im Beschlussvorschlag noch einmal zu überdenken. Er sehe ein zeitliches Problem. Niemand wisse derzeit, wann die Verhandlungen abgeschlossen seien. Er schlage daher vor, in den Beschlussvorschlag eine konkrete Frist mit aufzunehmen. Danach müsse dann mit dem Antragsteller über den aktuellen Stand gesprochen werden. Das Konzept für das kulturelle Zentrum sei für ihn auch noch sehr unausgegoren. Er könne nach dieser Vorlage nicht entscheiden, ob das Konzept tragfähig sei oder nicht. Ferner schlage er vor, dies auch in den Antrag auf einen Bebauungsplan mit aufzunehmen. Eine sinnvolle Entscheidung sei ja auch nur möglich, wenn die Randbedingungen, wie z.B. Grundstückspreis und Konzept bekannt seien.

Herr Dr. Miede schlägt folgende Formulierung vor: „Der Antrag des Petenten Kurt Hecht wird bis zu den Beratungen des neuen Bebauungsplanes zurückgestellt.“ Ein Termin sei nicht festlegbar, da dies von den Beratungsterminen der einzelnen Ausschüssen abhängen.

Frau Koshofe findet diesen Vorschlag richtig und erklärt, die FDP-Fraktion stimme dem zu.

Auch Herr Santillan erklärt, diesem Änderungsvorschlag würde er zustimmen.

Herr Dr. Kerschner hält diese Formulierung für problematisch. Es werde ja erst ein Antrag auf einen neuen Bebauungsplan gestellt. Mit dieser Formulierung nehme man vorweg, dass ein neuer Bebauungsplan erstellt werde.

Herr Dr. Miede antwortet, er gehe davon aus, dass ein neuer Bebauungsplan auf Grund des Antrages der CDU- und der SPD-Fraktion erstellt werde. Dieser sei ja die Voraussetzung für Verkaufsverhandlungen. Er sehe kein Problem diesen Antrag, so wie hier vorliege zurückzustellen. Er habe nur eine andere Formulierung vorgeschlagen, um das Wort Verkaufsverhandlungen zu ersetzen.

Frau Beisenherz-Galas findet, die neue Formulierung sei ihr nicht transparent genug. Sie fände es klarer, wenn über die von der Verwaltung vorgeschlagene Formulierung abgestimmt werde. Die andere Formulierung greife ihr zu weit in die Zukunft vor.

Herr Tiefenstädter meint, man solle das Ergebnis offener halten. Dann blieben die anderen Möglichkeiten erhalten

Herr Mumdey weist darauf hin, der Ausschuss sei ja zum jetzigen Zeitpunkt gar nicht gezwungen, irgendeine Entscheidung zu treffen. Es gebe eine Anregung aus dem Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Niemand müsse sich jetzt schon hier zu bestimmten Dingen positionieren.

Herr Dr. Miede schlägt folgende Formulierung vor: „Der Antrag des Petenten Kurt Hecht, Vorsitzender des Stadtverbandes Kultur wird wegen weiterer Beratungen zurückgestellt.“ Er stellt den modifizierten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst abweichend von dem Vorschlag der Verwaltung **einstimmig** bei einer Enthaltung aus den Reihen der KIDitiative folgenden Beschluss:

Der Antrag des Petenten Kurt Hecht, Vorsitzender des Stadtverbandes Kultur wird wegen weiterer Beratungen zurückgestellt.

11. Anträge der Fraktionen

11.1. Antrag der CDU Fraktion zum Thema "Wie tickt die Stadtverwaltung, wie die Kommunalpolitik" *0566/2010*

Herr Dr. Kerschner erklärt, die Fraktion der KIDitiative werde dem Antrag nicht zustimmen. Es gebe ausreichend gute Materialien zum Thema Aufbau der Kommunalpolitik auf den entsprechenden Seiten der Landeszentrale und Bundeszentrale für politische Bildung. Daher halte er es nicht für sinnvoll, die Verwaltung zu beauftragen, etwas zu erarbeiten.

Herr Santillán findet den Einwand sehr interessant. Vielleicht könne ihn die Verwaltung ja aufnehmen. Er halte es jedoch grundsätzlich für richtig, mit einer der Schulen eine Informationsreihe zu entwickeln und dann in die Breite zu tragen. Er gehe nicht davon aus, dass ein didaktisches Konzept erarbeitet werde, eher werde man sich an den vorhandenen Materialien orientieren. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB werde diesem Antrag zustimmen.

Herr Kleine merkt an, die Intention des Antrages sei sicherlich förderlich einer gewissen Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. Fraglich sei nur, ob der Antrag zum richtigen Zeitpunkt käme.

Herr Dr. Miede entgegnet, der Vorschlag der Verwaltung verweise ja nur auf eine Fachberatung durch die Betroffenen, deren Mitwirkung erbeten werde. Die SPD-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Herr Mömkes erklärt, der CDU-Fraktion ginge es mit ihrem Antrag vor allen Dingen darum, Verwaltung, Politik und Schulen in dieser Stadt zusammenzubringen und auch einen direkten menschlichen Kontakt herbeizuführen. Man könne sich zwar die Arbeit eines Parlamentes auch anhand eines Schulbuchs oder der Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung ansehen. Der Besuch einer Parlamentssitzung bzw. Ratssitzung wie auch das persönliche Gespräch mit Politikern und der Verwaltung führe jedoch zu einem ganz anderen Erkenntnisgewinn. Vielleicht könne man so auch junge Leute gewinnen, sich für Politik zu engagieren.

Frau Koshofer stimmt Herrn Mömkes zu. Auch sie glaube, ein direkter Kontakt der Jugendlichen mit der Politik oder der Verwaltung sei wichtig, um kommunales Handeln und Verwalten zu vermitteln. Um die jungen Leute für Politik zu begeistern, müsse dies vor Ort angedockt und in den Schulen besprochen werden.

Herr Dr. Kerschner bleibt bei seinem Standpunkt, man müsse kein neues Konzept erstellen, da es bereits Konzepte gebe. Wenn es darum ginge, die Politik für die Jugendlichen wirklich attraktiver zu machen, solle man doch die Idee des Jugendparlamentes weiterverfolgen. Dies sei bereits erfolgreich als Projektwoche durchgeführt worden. Hieran könne doch angeknüpft werden, statt etwas neues zu entwickeln.

Herr Dr. Mieke findet, die Anregung der CDU sei ein Weg in die richtige Richtung. Das Jugendparlament sei eine gute Idee, jedoch müssten die Schulen zunächst in die Lage versetzt werden, entsprechende Vorarbeiten zu leisten. Daher werde er weiterhin dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Kleine teilt mit, in Köln werde etwas ähnliches seit Jahren durchgeführt. Einmal jährlich würden die Projekte, die die Schulen zusammen mit der Politik und der Verwaltung im Politikunterricht erarbeitet hätten, im historischen Rathaus präsentiert. Er habe schon mehrfach diese Veranstaltungen mitmoderiert. Je mehr Informationen die Jugendlichen über die Kommunalpolitik hätten, desto eher würden sie auch an der Kommunalwahl teilnehmen. Von daher finde er diesen Anstoß sehr begrüßenswert.

Herr Santillán merkt noch zum Thema Jugendparlament an, die Fraktion DIE LINKE./BfBB habe vor einigen Monaten einen Antrag auf ein Jugendparlament gestellt. Dieser sei leider in dem zuständigen Ausschuss unter anderem auch von den Vertretern der KIDinitiative abgelehnt worden.

Frau Dietsch findet, das eine schließe das andere ja nicht aus. Die hier vorgeschlagene Informationsreihe lasse sich relativ unkompliziert vorbereiten. Das finde in den Schulen statt. Das Jugendparlament sei allerdings in Zeiten des Nothaushaltes schwer umzusetzen, da ein Jugendparlament eine freiwillige Leistung sei.

Frau Dr. Killersreiter erklärt, als Fachbereichsleiterin für den Bereich politische Bildung an der Volkshochschule wisse sie, wie schwierig es sei, Jugendliche und auch Erwachsene für politische Bildung zu interessieren. Sie habe bereits mehrfach mit den Schulen den Kontakt gesucht, zuletzt im Zusammenhang mit der Hanel-Ausstellung. Sie stelle gerne das didaktische und pädagogische Know-how der Volkshochschule bei der Entwicklung der Informationsreihe zur Verfügung. In Köln werde gerade ein Mentoringprogramm umgesetzt, in dem es darum geht, junge Menschen für die politische Arbeit zu interessieren. Sie habe dazu ein Konzept entwickelt, welches sie nach den Fachdiskussionen in Köln gerne zur Verfügung stelle. Danach benötige man feste Mentoringpartner. Sie erhoffe sich mit diesem Konzept mehr Erfolg.

Herr Dr. Mieke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** bei einer Gegenstimme von der Fraktion KIDinitiative und einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Beschluss, dem Vorschlag der Verwaltung, dieses Thema zunächst mit den Schulleitern der weiterführenden Schulen in einer gemeinsamen Sitzung am 25.11.2010 zu besprechen, zu folgen.

11.2. Antrag der CDU-Fraktion "Kulturprofil" 0571/2010

Frau Bischoff erläutert den Antrag. Sehr wahrscheinlich könne auf Grund fehlender finanzieller Mittel die Durchführung der Kulturprofildebatte nicht durch einen externen Berater begleitet werden. Daher möchte die CDU-Fraktion vorschlagen, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zu bilden. Diese solle dann die Aufgaben eines externen Beraters übernehmen und Gespräche mit Wirtschaftsverbänden, Finanzleuten und der freien Kulturszene führen, um daraus ein Kulturprofil für die Stadt zu entwickeln.

Herr Santillán erklärt, er unterstütze den Vorschlag von Frau Bischoff. Durch den interfraktionellen Arbeitskreis werde niemand ausgeschlossen und die Ernsthaftigkeit des Projektes vorangetrieben. Im Fachbeitrag Kulturnetzwerk Stadtmitte seien ja bestimmte kulturelle Aspekte ausgeblendet worden. Diese könnten dann aufgegriffen werden. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB finde den Antrag von Frau Bischoff gut und werde ihm zustimmen.

Auch Frau Koshofer findet, dies sei ein ausgezeichnete Vorschlag. Die Politik müsse dann Farbe bekennen. An der Frage „Wo wollen wir hin?“ sollten alle Parteien idealistisch und realistisch mitarbeiten.

Herr Tiefenstädter empfiehlt, den interfraktionellen Arbeitskreis analog dem des Jugendhilfeausschuss zu gestalten. Ferner weist er auf den in der Stellungnahme der Verwaltung erwähnten Kulturentwicklungsplan hin. Zu dessen Entwicklung seien in 2009 eine Fragebogenaktion und Gesprächsrunden durchgeführt worden, welche auch von der FDP- und der CDU-Fraktion unterstützt worden seien. Er möchte gerne wissen, wie hier der Sachstand sei.

Herr Dr. Speer erklärt, die Vorarbeiten für den Kulturentwicklungsplan seien mit viel Engagement durchgeführt worden. Durch den Nothaushalt und den damit verbundenen Kürzungen in der Kultur sowie den weiteren Kürzungen bei der Aufstellung des Haushaltes 2011 und des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 ff sei der Kulturentwicklungsplan zunächst nicht weiter verfolgt worden. Bei entsprechender Unterstützung durch die Politik, auch in Bezug auf die Finanzierbarkeit, werde er den Kulturentwicklungsplan wieder aufgreifen.

Frau Beisenherz-Galas schlägt vor, den interfraktionellen Arbeitskreis in der Formulierung zahlenmäßig nicht zu beschränken.

Herr Dr. Miede schlägt vor, im Vorschlag der Verwaltung die Zahlen herauszunehmen. Der Satz würde dann wie folgt lauten: „Diese sollte aus Mitgliedern aus der Politik und Mitgliedern aus der Verwaltung bestehen.“ Er stellt den Vorschlag der Verwaltung mit der Änderung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** den Beschluss, dem Vorschlag der Verwaltung mit der zuvor genannten Änderung zu folgen.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Kleine möchte gerne wissen, wann der Antrag des Vereins SC 27 auf einen Zuschuss zur Errichtung eines Zaunes auf die Tagesordnung des ABKSS komme.

Herr Mumdey erklärt, diese Frage, betreffe den Haushalt. Eine solche Maßnahme falle unter den Kreditdeckel. Haushaltsmittel müssten dafür zur Verfügung gestellt werden. Für eine Entscheidung sei der Haupt- und Finanzausschuss zuständig.

Herr Santillán hat folgende Anfrage:

Mir ist bekannt, dass die Sporthallen nicht von Fußballspielern benutzt werden dürfen. Also in den Sporthallen dieser Stadt darf kein Hallenfußball stattfinden. Mir fehlt einfach die Grundlage für diese Entscheidung der Verwaltung, dass das nicht dort stattfinden darf. Gibt es da Beschlüsse zu? Gibt es da wissenschaftliche Erkenntnisse zu, warum kein Fußball dort stattfinden kann? Weil Volleyball wird ja auch in der Zwischenzeit mit dem Fuß gespielt und Handbälle sind auch ziemlich hart, wenn man die wirft und die neben das Tor landen, so dass ich mir nicht vorstellen kann, dass Hallenfußball größere Schäden anrichtet als andere Ballsportarten. Wir sind doch sehr darüber verwundert, dass die Verwaltung eigenmächtig, so wie wir wissen ohne Beschluss und ohne Festlegung hier aus diesem Ausschuss, einfach sagt, da dürfen keine Hallenfußballer rein.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Herr Heimann hat folgende Anfrage:

In diesen Tagen läuft die Bewerbungsfrist des Schulträgers ab für das Modellvorhaben „Neues G-9“ der neuen Landesregierung, das den Gymnasien die Möglichkeit eingeräumt, eine Rolle rückwärts zu machen, was die Schulzeit der Gymnasien angeht. Ist dem Schulträger, d.h. der Verwaltung bekannt, ob von diesem Modellvorhaben in Bergisch Gladbach jemand Gebrauch machen will? Eine Schule oder gibt es ein Interesse des Schulträgers in der Sache, Akzente zu setzen?

Herr Dr. Speer antwortet, der Schulträger werde den Antrag nicht stellen, da die Schulleiterinnen und Schulleiter der Gymnasien das „G9“ nicht möchten. Vom Nicolaus-Cusanus-Gymnasium liege dazu bereits ein Schulkonferenzbeschluss vor und von den anderen Schulleitungen gebe es eine klare Aussage.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.